



Salmonellen bleiben unentdeckt

Das Parlament fordert eine **bessere Überwachung** der Lebensmittel und Produkte – der Bundesrat verweigert sich



Pannen bei der Lebensmittelkontrolle: Salmonellenverseuchte Eier wurden erst kurz vor der Verarbeitung aus dem Verkehr gezogen.

COLOURBOX.COM

Fünf Bundesämter und viele kantonale Kontrollstellen überprüfen Lebensmittel und Produkte. Dabei kommt es zu ineffizienten Überschneidungen, Pannen und Unsicherheiten. Weil der Bundesrat nicht handelt, macht der Ständerat jetzt wieder Druck.

CHRISTIAN VON BURG

Spuren von Dioxin in Lebensmitteln: Das Bundesamt für Landwirtschaft hält sie nicht für bedenklich, das Bundesamt für Gesundheit hingegen schon. Schweinekastration: Das Bundesamt für Veterinärwesen sieht es als erwiesen an, dass das Fleisch dieser Tiere keine Rückstände aufweist, während das Bundesamt für Gesundheit sich nicht

dazu äussern mag. Urs Klemm, bis vor einem Jahr Vizedirektor im Bundesamt für Gesundheit, weiss einige solche Beispiele zu erzählen. Seit seiner Pension ist er Mitglied der Geschäftsleitung des Konsumentenforums und spricht Klartext: Die heutige Kontrollpraxis der Schweiz zeichne sich durch «eine Zersplitterung der zuständigen Institutionen» auf Bundes- und Kantons-ebene aus (siehe Box). Und mit der Öffnung der Märkte werde die Situation immer verworrener. Auch beim Vollzug des Lebensmittelrechtes hapert es. Für Aufsehen sorgte ein Fall, den der «Tages-Anzeiger» kürzlich publik machte: Als in der Ostschweiz salmonellenverseuchte Eier auftauchten, wurde dem Eierproduzenten der Verkauf im Kanton St. Gallen verboten. Die Eier gelangten darauf aber zu ei-

nem Luzerner Händler. Erst als sie in einem Zürcher Betrieb verarbeitet werden sollten, wurden sie aus dem Verkehr gezogen.

EU arbeitet effizienter

Um solche Fälle möglichst zu vermeiden, hat die Europäische Union ein Alarmsystem aufgebaut, mit dem alle Kontrollstellen auf neue Beanstandungen aufmerksam gemacht werden. Auch in der Schweiz werden diese Daten teilweise schon genutzt. Der Haken dabei gemäss Rolf Etter, Kantonschemiker des Kantons Zürich: «Wir kommen bei der Verarbeitung der Datenmenge kaum nach.» Auch Etter hält die «Bündelung der nationalen Kontrollstellen» für nötig. «Schon nur die Schaffung einer einheitlichen Datenbank würde uns die Arbeit wesentlich erleichtern.»

Fusion von Amtsstellen?

Konsumentenschützer und zahlreiche Politiker setzten sich seit Jahren für eine bessere Koordination der Kontrollen ein (siehe Box). Der Bundesrat wusste die Vorstösse, die im Parlament meist wohlwollend behandelt wurden, bisher aber immer geschickt abzublocken. Bis heute konnten sich die betroffenen Bundesräte nicht einigen, in welchem Departement das neue Amt angesiedelt werden soll. Dies obwohl dem Vernehmen nach auch einzelne Amtsdirektoren eine Fusion der entsprechenden Aufgabenbereiche für sinnvoll halten. Die naheliegende Variante, das Bundesamt für Veterinärwesen mit den Einheiten Verbraucherschutz aus dem Bundesamt für Gesundheit und Landwirtschaft zusammenzu-



führen, wurde vor drei Wochen mit der bundesrätlichen Absage an eine grössere Verwaltungsreform begraben.

Firmen werden behindert

Der Ständerat wird den Druck nächste Woche voraussichtlich erneuern und eine Motion überweisen, um «im Bereich der Lebensmittel und Produktesicherheit für mehr Effizienz, die Erhöhung der Rechtssicherheit und einen einfacheren Vollzug» zu sorgen. Diesmal stammt der Vorstoss aus den Reihen der SVP: Dem Schaffhauser Ständerat Hannes Germann waren

nicht nur die Sorgen der Konsumenten, sondern auch die Probleme von Industrie und Gewerbe Anlass zum Handeln. Die Vorschriften werden insbesondere mit der Übernahme von EU-Recht immer weniger überblickbar. Wer ein Produkt auf den Markt bringen will, kann kaum mehr selber kontrollieren, ob er alle Regeln eingehalten hat. Antworten der Amtsstellen sind wegen der unklaren Zuständigkeiten oftmals schwierig zu erhalten und nicht immer verlässlich. Das musste selbst der Tessiner Kantonschemiker merken, der in Bern nachfragte, ob ein bestimmter Ho-

nig importiert werden dürfe. Keines der angesprochenen Ämter erklärte sich für zuständig. Nach dem Import wurde er dann von Bundesseite allerdings prompt gerüffelt.

Germanns Motion findet im Ständerat breite Unterstützung: 18 Parlamentarier aus allen Parteien haben sie unterschrieben. Dennoch bezweifelt Germann, dass sein Anliegen auch umgesetzt wird: «Wir haben auch mehrfach ein Bildungs- und ein Sicherheitsdepartement gefordert, ohne dass der Bundesrat unserem Auftrag gefolgt wäre.»

Bundesrat will nichts ändern

Der Bundesrat hält den Ist-Zustand für sinnvoll. Die Verantwortung sei zwar auf verschiedene Departemente und Ämter verteilt, aber die Zuständigkeiten seien klar geregelt, schreibt er in seiner ablehnenden Antwort zur Motion. Zudem würden die unterschiedlichen Sichtweisen der betroffenen Ämter bezüglich Gesundheits- und Umweltschutz sowie Lebensmittelproduktion dabei helfen, pragmatische Lösungen zu finden, ohne die Wirtschaft unnötig zu belasten.

Fünf Ämter zuständig

Für die Überprüfung der Sicherheit von Produkten und Lebensmitteln sind in der Schweiz folgende Ämter tätig: das Staatssekretariat für Wirtschaft, die Bundesämter für Landwirtschaft, Veterinärwesen und Gesundheit sowie das Büro für Konsumenten-

tenfragen. Kantonschemiker und Kantonstierärzte sind in vielen Fällen schon in einem Amt zusammengefasst.

Die Forderung, die Kontrolle von Lebensmitteln und Produkten zu bündeln, ist nicht neu. Schon 2001 forderte die

heutige Berner SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga mittels einer parlamentarischen Initiative ein unabhängiges Institut für Lebensmittelsicherheit. Der Bundesrat versprach damals, das Problem anders an-

zugehen, worauf die Initiative zurückgezogen wurde. Seither ist das Thema fast jedes Jahr wieder auf den Tisch gekommen. (cvb)